



Demonstration und Warnstreik in Schleswig-Holstein: Wir lassen uns keine Nullrunde bieten!

24.11.2021

Das wurde am 24. November im Kieler Regierungsviertel deutlich, wo Mitglieder der Fachgewerkschaften des dbb sh gegen die bisherige Verweigerungshaltung der Arbeitgeber in der laufenden Einkommensrunde lautstark protestiert haben. "Wenn die Arbeitgeber beabsichtigen, ihre Politik im dritten Anlauf am kommenden Wochenende fortzusetzen, dann sollte das hier und jetzt gesagt werden - dann sparen wir uns nämlich Zeit und Reisekosten und können gleich den nächsten Streik vorbereiten", so dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp in Richtung der ebenfalls anwesenden Landesfinanzministerin Monika Heinold.

An der Aktion, bei der eine Menschenkette vom Landtag zum Finanzministerium gebildet wurde, haben gut 400 Kolleginnen und Kollegen teilgenommen, diese Zahl wurde aufgrund der aktuellen Lage als Höchstgrenze gesetzt. Mit dabei waren Lehrkräfte, Polizei, Justizdienste sowie Verwaltungskräfte aus weiteren Dienstleistungsbereichen und Behörden. Einen Schwerpunkt haben die Finanzämter sowie Straßenmeistereien gebildet. Dabei wurden die Straßenmeistereien ganztägig bestreikt.

Das alles aus guten Gründen: Die Beschäftigten sorgen auch in Krisenzeiten für zuverlässige öffentliche Dienste. Die Arbeitgeber scheinen diese Krisenzeiten aber weniger als Beleg für das Erfordernis fairer Gehälter, sondern eher als Chance für Einsparungen zu sehen, weil sie davon ausgehen, die Beschäftigten können oder wollen sich nicht wehren. Mit der Aktion wurde aber klargestellt: Wir lassen das nicht mit uns machen und wehren uns sehr wohl! Das auch vor dem Hintergrund, dass die bereits bestehende Vereinbarung mit der Landesregierung zur Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung entwertet würde, wenn der Tarifabschluss ausbleibt oder schlecht ausfällt.

Bei der Kundgebung haben der stellvertretende Bundesvorsitzende und Tarifvorstand Volker Geyer sowie der dbb Landesbundvorsitzende Kai Tellkamp die Positionen der Beschäftigten untermauert. Ergänzend sprach Finanzministerin Monika Heinold. Sie zeigte sich zuversichtlich, dass ein Kompromiss zustande kommt und bekräftigte außerdem, dass das Land die vom Bundesverfassungsgericht geforderten Nachbesserungen bei der Besoldung umsetzt. Wie diese Nachbesserungen aussehen sollen, ist derzeit allerdings auch noch nicht geeint zwischen der Landesregierung und dem dbb sh. Wir bleiben am Ball!

dbb Info – Dienst